



## Jugendkongress 2003

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion

Eing.: 04.12.2003

Ltg.-**151/E-1/1-2003**

E-Ausschuss

Forderungen  
des  
Jugendkongresses vom 3. Dezember 2003  
an den Landtag von Niederösterreich

---

Die TeilnehmerInnen des NÖ Jugendkongresses 2003 haben sich in den Arbeitskreisen mit den nachfolgenden Themen auseinander gesetzt und nach Beratungen im Plenum beschlossen:

### **I. Was bringt uns die EU?**

„Werte und Grundrechte in der Europäischen Verfassung“

*„Nichts ist so mächtig, wie eine Idee deren Zeit gekommen ist.“ (Victor Hugo)*

Wir bekennen uns zu einem Europa, dessen Einheit auf gemeinsamen Werten und gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen beruht. Ziel soll eine „Einheit in der Vielfalt“, ein friedliches Zusammenleben und eine wirtschaftliche, politische und soziale Union sein.

- Wir fordern, dass Europa demokratischer wird, indem das Europäische Parlament (die direkt vom Volk gewählten VertreterInnen) aufgewertet und ein zentrales Legislativorgan wird.

- Europathemen sollen stärker in den Unterricht einfließen.
  - Neben allgemeiner politischer Bildung soll ein Schwerpunkt auf Europa, die europäische Integration und die EU gelegt werden.
  - Die Themen sollten bereits in der Unterstufe/Hauptschule behandelt werden.
  - Europa und die EU sollten als Querschnittsmaterie in verschiedenen Unterrichtsgegenständen behandelt werden.
  - Die Themen sollen altersadäquat und mit alternativen Lernmethoden näher gebracht werden.
  - verstärkte Möglichkeit für „Europaprojektwochen“ mit Besuchen bei den europäischen Institutionen
  - mehr Unterstützung und Information für individuelle Auslandsaufenthalte
  - Fortführung und Ausbau der Sprachoffensive
  
- Europaweiter Ausstieg aus der Atompolitik:
  - EU-Förderung für erneuerbare Energie,
  - vermehrte Aktionen zum Energiesparen.
  
- Die EU soll bürgernäher, verständlicher und weniger bürokratisch werden.
  
- Gemeinsame Asylpolitik mit leichterem Asylzugang und einer fairen Aufteilung auf die Mitgliedsstaaten.
  
- Förderung des öffentlichen Verkehrs:
  - bessere und billigere Zugverbindung durch die EU, vor allem für den Güterverkehr,
  - Schienenausbau soll mehr gefördert werden.

## **II. Zukunftschancen in der EU**

„Bildung, Ausbildung und Beschäftigung“

### **1. Das Bildungssystem sollte effizienter werden**

Bei gleichen Kosten – Verbesserung des Outputs.

- Senkung der KlassenschülerInnenzahl auf 20-25 SchülerInnen
- 2 LehrerInnen in einer Klasse
- Modell Gesamtschule – gemeinsamer Unterricht bis zur Oberstufe
- ab der Oberstufe ein Unterricht im Kurssystem,  
d.h. nur ein Grundstock an Pflichtfächern, der Rest in Wahlpflichtfächern
- Abschaffung der Beurteilung durch Noten,  
d.h. eine differenzierte Beurteilung, individuell auf den/die SchülerIn abgestimmt.

### **2. Verbesserung der SchülerInnenvertretung und des Informationsflusses**

- SchülerInnen-Vollversammlungen und SchülerInnen-Parlamente sollten mit demokratisch gewählten SprecherInnen auf Landesebene gesetzlich verankert werden.
- Die SchülerInnenvertretung sollte ein selbstbestimmendes Budget zur Verfügung haben.
- Zentrale Internetinformationsplattform für alle Schultypen mit umfassenden Informationen, Kontakten und Vernetzung zu allen zuständigen Organisationen.
- Versendung wichtiger Informationen nicht nur an die DirektorInnen, sondern zusätzlich auch an die SchulsprecherInnen und VertrauenslehrerInnen.
- Alle SchülerInnen sollten das Recht haben, pro Schuljahr an 2 Veranstaltungen ihrer Wahl der LandesschülerInnenvertretung teilzunehmen.

### **3. Verbesserung des SchülerInnenaustausches in der EU**

- Vereinfachung der EU-Förderung für SchülerInnenaustauschprogramme, damit diese für alle SchülerInnen leistbar und möglich werden.
- Die Ausweitung der Schulpartnerschaften – Ermöglichung und Anerkennung eines direkten SchülerInnenaustausches von Familie zu Familie über den Zeitraum eines halben Jahres.

### **4. Informationen über Zukunftschancen in der EU**

- Anpassung des Unterrichts hauptsächlich in Geschichte und Geographie an das aktuelle Zeitgeschehen, d.h. weniger Urgeschichte – mehr aktuelle Themen.
- Ausweitung der politischen Bildung in Schulen, in denen dieses Fach noch nicht vertreten ist, sowie das Angebot eines Wahlfaches „Chancen in der EU“.
- Angebot von Berufsbildungsseminaren in der Oberstufe „Chancen und Möglichkeiten in der EU!“

### **III. Niederösterreich in der EU**

„Die Identität unseres Landes im gemeinsamen Europa“

#### **1. Allgemeines**

- Schutz von lokalen Ressourcen durch den Staat gegenüber der EU (z.B. Wasser).
- Förderung und Veranstaltung gemeinsamer Projekte zur Stärkung der eigenen Identität (in Schulen, grenzüberschreitende Regionen zusammenfassen).
- Vorhandene Projekte präsentieren bzw. besser präsentieren für die breite Öffentlichkeit (z.B. Broschüren).
- Stärkung des regionalen Bewusstseins und der regionalen Produkte, deren Vertrieb und Förderung der regionalen Produkte nach differenzierenden Kriterien (Beispiel: kurze Produktionswege, Regionalverbände).
- Zur Stärkung der Identität des für Niederösterreich typischen Bauernstandes soll die Nachhaltigkeit betont werden.
- Regionale Produktehrlichkeit soll gestärkt und gefördert werden.
- Natur und Fortschritt gehen in Niederösterreich Hand in Hand. Dieses Image soll nach außen und innen zur Stärkung der Identität transportiert werden.
- Den Regionen soll in der EU ein Klagsrecht und Anhörungsrecht eingeräumt werden.
- Kultur ist ein ganz besonders starkes Identitätsmerkmal, daher soll diese Kompetenz in der Hand des Landes Niederösterreich bleiben, um auf lokale Bedürfnisse besser eingehen zu können (Schule, Heimatkunde). Von der EU soll ein Budget zur Verfügung gestellt werden, das vom Land selbständig verwaltet wird.
- Weckung des Interesses an Weiterbildung, damit jeder seine Chancen wahrnehmen kann. Das Interesse soll durch Werbung und Aufzeigen der lokalen Möglichkeiten geweckt werden (Stärkung der Identität durch erhöhte Bildung).

## **2. Informationen**

- Information über andere (vor allem unsere NachbarInnen), über deren Identität und Herausstreichen von Verbindendem.
- Diese Information soll keine Polemik enthalten und Informationen positiv aufbereiten.
- Die Information soll objektiv und verständlich sein.
- Informationen besonders dann, wenn sich Fakten zu Identitätsmerkmalen ändern (Wasser)
- Innovative Broschüren einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, wie zum Beispiel in öffentlichen Verkehrsmitteln auflegen.
- Eine breite Meinungsbildung über eigene und fremde Identitäten anlegen, zum Beispiel durch den ORF.
- Veranstaltung und Durchführung gemeinsamer Projekte (schon in Volksschule) zur Verstärkung der eigenen Identität durch Kennenlernen des Fremden.
- Information über die neue Europäische Verfassung (vor allem in Schulen, Hotline wie beim Euro).

## IV. Was haben wir in der EU zu sagen?

### „Mitsprachemöglichkeiten Jugendlicher in der EU“

- Das Wahlalter soll für das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen in NÖ soll ebenfalls auf 16 Jahre herabgesetzt werden und es soll weiters eine Absenkung des Wahlalters auf Bundes- und EU-Ebene angedacht werden.
- Informationsarbeit über EU und über die Möglichkeiten der Mitbestimmung
  - über Schulen und Bildungseinrichtungen:
    - a) Verankerung des Pflichtfaches „Politische Bildung“ in allen Schultypen in der Unter- und Oberstufe als eigenen Unterrichtsgegenstand um aktive Beteiligungsmöglichkeiten in der Demokratie zu vermitteln.
    - b) Flexibilität des Lehrplanes zur Behandlung aktueller Themen im Unterricht.
    - c) Förderung der Zugangsmöglichkeiten zu ExpertenInnen zu EU-Themen (z.B. RegionalpolitikerInnen).
  - über Jugendzentren und Jugendorganisationen:
    - a) Personelle und finanzielle Förderung der Institutionen bzw. Initiativen die sich mit EU-Themen beschäftigen.
    - b) Verstärkte Anerkennung der Arbeit dieser Einrichtungen und Einbeziehung in Entscheidungs- und Informationsprozesse.
- Förderungen (personelle, finanzielle und organisatorische Unterstützung) von Initiativen und Projekten, welche MultiplikatorenInnen zu EU-Themen ausbilden, mit Schwerpunkt auf die Mobilitätsprogramme (z.B. Sokrates, Leonardo und Jugend).
- Unterstützung des Landes, dass der ORF NÖ der Jugend NÖ „freie Sendeminuten“ in Form einer eigenen Sendung zur Verfügung stellt (Jugend für Jugend).
- Unterstützung von regionalen Jugendgruppierungen, die sich mit EU-Themen beschäftigen. Diese sollen national und international über Internetplattformen vernetzt werden. Ziel dieser Plattformen soll der Meinungs-, Erfahrungs- und Diskussionsaustausch der Jugendlichen Europas sein.